

# Berufsverbote bei Post und Bahn

## Zum Beispiel: Axel Brück, Egon Momberger und Herbert Bastian

Axel Brück und Egon Momberger, die in Gießen als Fernmeldeobersekretär beziehungsweise Postinspektor bei der Deutschen Post arbeiteten, wurden in den 70er Jahren wegen der Mitgliedschaft in der DKP aus dem Dienst entlassen und auch später nicht wieder eingestellt. Im Gespräch mit Ulrike Noll vom hessischen Bündnis gegen Berufsverbote forderten beide übereinstimmend, „die Betroffenen zu rehabilitieren und zu entschädigen“. Die Entlassungen müssten als „unzulässig eingestuft und soweit möglich zurückgenommen werden“. Positiv erinnern sie sich an die breite Solidarität, die sie nach Bekanntwerden ihrer Entlassung erfahren haben:

*„Es gab eine große und breite Solidaritätsbewegung weit über die Grenzen der Stadt und des Landes hinaus. Aus vielen Bereichen aus dem In- und Ausland haben uns einzelne Personen, Komitees und Gewerkschaftsorganisationen auf vielfältige Art und Weise unterstützt und das Unrecht öffentlich gemacht. Die Dokumentation der Deutschen Postgewerkschaft unter dem Titel ‚Demokratie im Betrieb, Freiheit im Beruf. Kein Berufsverbot für Axel Brück und Egon Momberger‘ sei an dieser Stelle nur beispielhaft genannt.“*

Nach dem Rauswurf mussten sie sich eine neue Existenz aufbauen. Brück und Momberger betonten dabei im Gespräch die materielle Unterstützung durch den Heinrich-Heine-Fonds: „Sie hat uns dabei geholfen, nicht in unmittelbare Not zu geraten.“ Beide Kollegen betonten, dass sie das Berufsverbot nicht gebrochen hat:

*Axel Brück und Egon Momberger (2. und 3. von links) bei einer Solidaritätsveranstaltung im niederländischen Alkmar im Gespräch mit einem Vertreter der Partei der Arbeit und dem Marburger Lehrer Mario Berger, der ebenfalls mit einem Berufsverbot belegt wurde. (Foto: privat)*



*„Die ökonomische und politische Entwicklung in diesen 45 Jahren hat nicht dazu geführt, unsere politischen Grundüberzeugungen in Frage zu stellen. Der Frieden in der Welt ist nicht sicherer geworden. Im Gegenteil, so viel Kriege wie heute gab es noch nie. Die Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Lande, in der Welt ist größer und nicht kleiner geworden. Die demokratischen Rechte sind nicht erweitert, sondern eingeschränkt worden. Die Saat des Antikommunismus ist aufgegangen und stellt durch neue rechtspopulistische Bewegungen und Parteien eine große Gefahr für die im Grundgesetz niedergeschriebenen Grundrechte und Freiheiten dar.“*

Sehr wohl hätten die Berufsverbote dazu beigetragen, den „Antikommunismus fest in breiten Massen unserer Bevölkerung zu verankern.“ Und sie glauben auch nicht, dass die Berufsverbote nur ein Thema der Geschichte des Kalten Krieges sind:

*„Die Angriffe auf die demokratischen Rechte und Freiheiten werden sich in vielen Bereichen und unterschiedlichen Arten weiter verschärfen.“*

Herbert Bastian, Posthauptschaffner, gewerkschaftlicher Vertrauensmann und DKP-Stadtverordneter in Marburg, wurde nach 25 Jahren aus dem Dienst entlassen. Das Entlassungsschreiben enthielt kein Wort des Dankes für das ihm vorher attestierte „untadelige Verhalten im Dienst“. Selbst Marburger Christdemokraten hatten vergeblich beim obersten Dienstherrn, Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, interveniert. Alle Versorgungsansprüche wurden gestrichen. Für ein halbes Jahr wurde ein „Unterhaltsanspruch“ von monatlich 688 DM gewährt. „Billige Rache“ überschrieb der SPIEGEL in seiner Ausgabe 43/1987 seinen Artikel über die „unerbittliche“ Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, das das Berufsverbot letztinstanzlich bestätigte.

### Der „Fall“ der Lehrerin Dorothea Kröll

Dorothea Kröll, der 1976 nach Ende ihres Referendariats wegen „Zweifeln an ihrer Verfassungstreue“ eine Einstellung als Lehrerin verweigert wurde, verlor 1978 einen Arbeitsgerichtsprozess in erster Instanz. Zur Sicherung des Lebensunterhalts arbeitete sie 1976 bis 1980 als Honorarkraft in Jugendeinrichtungen, in einem Privathaushalt zur Verwaltung der Privatbibliothek und in einem Kinder- und Jugendwohneheim des Sozialdienstes Katholischer Frauen unter Leitung eines ehemaligen Priesters, der das Zölibat „gekündigt“ hatte, und mit einer Psychologin, die Berufsverbote ablehnte. 1980 wurde sie angestellte Lehrerin an einer Kasseler Schule, deren Leiter sich „traute“, eine „Linke“ ins Kollegium aufzunehmen. Die anfängliche Skepsis des Kollegiums wich bald. Seit 2009 arbeitet sie als Beraterin für Schulentwicklung und Bildungsförderung. Aus ihren Akten erfuhr sie später, dass sie vom Verfassungsschutz durch „IM des Westens“ bespitzelt wurde, unter anderem durch Mitstudierende und einen sich jovial gebenden Nachbarn aus dem elterlichen Dorf.

## Zum Beispiel: Axel Seiderer

Wie seine Postkollegen wünscht sich auch Axel Seiderer, der als Inspektoranwärter der Bundesbahn aus dem Dienst entfernt wurde, im Gespräch mit Ulrike Noll vom hessischen Bündnis gegen Berufsverbote, eine rechtsverbindliche Rücknahme des Radikalenerlasses sowie eine Entschuldigung und Rehabilitierung der Betroffenen:

*„Das wird nicht von selbst kommen, dazu brauchen wir ein aufgeschlossenes Klima im Land, und dafür müssen wir entschieden arbeiten.“*

Der Regelanfrage beim Verfassungsschutz folgten 1974 schriftliche und mündliche Befragungen, die letztlich immer in die Aufforderung mündeten, er solle sich von seiner Partei, der DKP, distanzieren und sie verlassen. Mit Schrecken erinnert er sich an die Befragung direkt durch den Verfassungsschutz:

*„Es ging ausschließlich darum, mich einzuschüchtern. Auf alle Fragen, die mir gestellt wurden, kannte der Geheimdienstler ersichtlich bereits die Antworten.“*

Sein Arbeitgeber, die Deutsche Bundesbahn, warf ihm in der Entlassungsverfügung vom 7.11.1977 eine „formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle und innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung“ vor. Es wurde ausdrücklich „nicht bestritten, dass Sie sich im Dienst parteipolitisch zurückgehalten und nicht versucht haben, Kollegen von der kommunistischen Ideologie zu überzeugen“. Doch darauf komme es „nach dem Grundgesetz, dem Bundesbeamten-gesetz sowie der Rechtsprechung des BVerfG und der Verwaltungsgerichte nicht an“. Es reiche aus, dass er nicht die Gewähr biete, „dass Sie jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten“. Seine Klage gegen die DB wurde 1982 abgeschmettert.

Auch Axel Seiderer schöpfte Kraft aus der Solidarität, auch von Freunden und Bekannten, die ihm politisch nicht unbedingt nahe standen:

*„Sie waren entsetzt, zumindest aber überrascht, weil sie so etwas in diesem Land nicht für möglich gehalten hatten. Auch Freunde aus der SPD, deren Mitglied ich sieben Jahre lang gewesen war, setzten sich für mich ein. Mein Vater hatte zwar nie verstanden, warum ich Kommunist geworden bin, aber er schrieb als langjähriger Sozialdemokrat an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und verwies dabei darauf, dass schon sein Vater als Beschäftigter der Frankfurter Stadtverwaltung von den Nazis aus dem Dienst entfernt worden war. Eine Nachfrage von Brandts Büro bei Verkehrsminister Gscheidle ergab, dass der keine Kommunisten bei Post und Bahn haben wollte. Damit hatte sich der Vorstoß meines Vaters erledigt.“*

Seine Gewerkschaft, die GdED, gewährte Rechtsschutz, in Straßburg und Alkmaar wurde er als Betroffener zu Solidaritätsveranstaltungen eingeladen. Diese Resonanz aus dem Ausland hat aus seiner Sicht „wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Stimmung auch in der Bundesrepublik gedreht hat“.

Als ehemaliger Beamter, für den keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt wurden, erhielt er nur Arbeitslosenhilfe, damals 65,70 DM pro Woche:

*„Ich konnte die erste Zeit nur durch die Unterstützung meiner damaligen Freundin, meiner heutigen Ehefrau, meiner Eltern sowie durch Freunde, Genossen und die Solidaritätsbewegung überstehen. Später habe ich mich mit Aushilfsjobs über Wasser gehalten und war einige Jahre für einen Verlag tätig. Die letzten 25 Jahre meiner Berufstätigkeit arbeitete ich in einer Werkstatt für behinderte Menschen in Frankfurt.“*



Axel Seiderer (Schild „Mitglied der DKP“) 1978 auf einer Demonstration gegen Berufsverbote in Frankfurt (Foto: privat)

Ob er durch das Berufsverbot „vorsichtiger“ geworden ist, will Ulrike Noll im Gespräch wissen:

*„Ich neige nicht zum Jammern und Klagen. Mich erfasste damals eher eine ‚Jetzt-erst-recht‘-Stimmung. Mein Misstrauen gegen politische Richtungsentscheidungen von oben ist nicht eben geringer geworden. Ich denke, ich gehe mit politischen Informationen und Medien heute noch distanzierter und kritischer um, als zur Zeit des Berufsverbots. Insofern könnte man sagen, ich sei vorsichtiger geworden, allerdings nicht in dem Sinn, dass ich meine Meinung jetzt nicht mehr offen äußern würde.“*

Er ist sich sicher, dass die Verfechter der Berufsverbote ihr Ziel, „die Kritiker des ökonomisch-politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland mundtot zu machen“, nicht erreicht haben:

*„Die von den Herrschenden gewollte Friedhofsruhe ist nie eingetreten, aber das freie Klima der Offenheit und des gesellschaftlichen Aufbruchs, das es im Land seit Ende der 60er Jahre zumindest teilweise gab, wurde doch beträchtlich geschädigt. Und die Berufsverbote hatten daran ihren Anteil.“*

Im „Kampf gegen das Unrecht“ und die Willkür von Staat und Behörden brauche man schon „eine Prise Michael Kohlhaas“: *„Aber der Erfolg des Kampfes ist umso wahrscheinlicher, je mehr er in der Öffentlichkeit mit vielen gemeinsam und eingebettet in eine breite Solidaritätsbewegung geführt wird. Die Solidarität, die man erfährt, macht auch das zwischenzeitliche Verlieren erträglicher.“*

### 24. Januar 2017: Mahnwache vor dem Landtag

Am 24. Januar 2017 wird von 11 bis 15 Uhr eine Mahnwache vor dem Landtag in Wiesbaden stattfinden, auf der die Forderungen des Hessischen Bündnisses gegen Berufsverbote an die Fraktionen des Hessischen Landtags übergeben werden. Betroffene Kolleginnen und Kollegen werden zu Wort kommen und ihre „Fälle“ vorstellen.